

Ägypten - Die Rückkehr der Pharaonen

Christian Wyler (FINO)

Der arabische Neonationalismus entledigt sich des Islam. Dafür entdeckt Ägypten wieder einmal die Pharaonen neu und inszeniert sich als Bollwerk gegen den Terrorismus. Der Preis für die vermeintliche Stabilität ist staatliche Repression.

Ramses III in der saudischen Oase

Es war eine kleine Sensation, als 2010 nahe der saudischen Oasenstadt Tayma ägyptische Hieroglyphen entdeckt wurden – Beweis dafür, dass die alten Ägypter tief im Innern der arabischen Halbinsel präsent gewesen waren. Seither konnte eine Handelsroute von Tayma bis ins Niltal nachgewiesen werden, über die während der Herrschaft von Ramses III (gest. 1156 v.Chr.) unter anderem Kupfer transportiert worden war. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits westliche und saudische Teams in Tayma Ausgrabungen durchführten, wird nun auch eine [ägyptische Forschungsgruppe](#) den Hinweisen auf pharaonische Verbindungen ins Gebiet des heutigen Saudi-Arabien nachgehen. Dass das ägyptische Interesse an diesen Ausgrabungen wächst, liegt an deren symbolischen Bedeutung für die Regierungen in Kairo und Riad.

Pharaonismus als nationale Identität

Das Verhältnis zu den Pharaonen hat im modernen Ägypten unterschiedliche Konjunkturen und teilweise kontroversen Deutungen erlebt. Bereits im 19. Jahrhundert wurde das alte Ägypten als Bezugsrahmen entdeckt. Ab dem frühen 20. Jahrhundert wurde der «Pharaonismus» zu einem Trend innerhalb des ägyptischen Nationalismus. Er gestaltete eine eigene Geschichte und einen eigenen territorialen Bezug, der Ägypten vom Rest der arabischen und islamischen Welt unterscheiden sollte. Die pharaonische und hellenistische Vergangenheit gliederte Ägypten in einen mediterranen Kulturraum ein, während das islamische und arabische Erbe auf diese Weise in den Hintergrund gerückt werden konnte. Als 1922 bald nach der Ausrufung der ägyptischen Unabhängigkeit das Grab von Tutanchamun entdeckt wurde, erhielt der neue Staat damit auch gleich ein eigenständiges, prä-islamisches und auch prä-christliches Symbol.

In den dreissiger Jahren verschmolz die Partei «Junges Ägypten» (Miṣr al-Fatāt) den Pharaonismus zunächst mit islamischen Bezügen. In Anlehnung an Faschismus und Nationalsozialismus kombinierte die Partei, die allerdings nie über eine grössere Anhängerschaft verfügte, rigide gesellschaftliche Moralvorstellungen mit Verweisen auf die Grösse des alten Ägyptens. Der pharaonische Partikularismus verlor für die Partei bis Ende des Jahrzehnts aber zugunsten von islamischen Bezügen an Bedeutung.

Arabismus und Islam als Alternativen

In den 30er und 40er Jahren nahm die Kritik am Pharaonismus aus verschiedenen Teilen der ägyptischen Öffentlichkeit zu. Besonders vehement kritisierte Ḥasan al-Bannā, der Begründer der Muslimbruderschaft, den pharaonisch inspirierten ägyptischen Partikularismus. Statt solcher «heidnischer» Vorstellungen plädierte al-Banna für eine Islamisierung von Politik und Gesellschaft. Säkular eingestellte Schichten verwarfen den Pharaonismus als koloniale Romantik (so etwa Taha Hussein oder der frühe Sayyid Qutb). Auch Gamal Abdel Nasser liebäugelte nur kurz mit einem pharaonischen zivilisatorischen Sonderweg Ägyptens. Stattdessen wurde Nasser zur Galionsfigur des Panarabismus, der das Land als Teil und Speerspitze der arabischen Welt positionierte.

Trotz dieser Abwendung vom Pharaonismus verwendeten islamische Akteure «Pharao» weiterhin als Verunglimpfung, mit der auch Nassers 1981 ermordete Nachfolger Anwar as-Sadat bedacht wurde. Der durch die Massenproteste des Arabischen Frühlings 2011 gestürzte Präsident Muhammad Husni Mubarak wurde ebenfalls gerne als Pharao karikiert.

Pharaonen und der Neo-Arabismus

Ist der heutige Bezug auf Pharaonen aus ägyptischer Sicht also eine Abgrenzung gegenüber dem arabischen Raum? Im Gegenteil, wie die Betonung der pharaonischen Verbindung ins Territorium des heutigen Saudi-Arabien zeigt. Die Machthaber in Ägypten und Saudi-Arabien pflegen gegenwärtig eine enge Partnerschaft in der Region. Sei es im Kampf gegen die Muslimbruderschaft, die Zusammenarbeit in Libyen, beim Krieg gegen die Huthis im Jemen oder im Vorgehen gegen türkische regionale Machtambitionen – die saudisch-ägyptische Kooperation bildet einen bestimmenden Faktor im Nahen Osten und in Nordafrika. Die beiden Länder verweisen dabei auf die gemeinsame arabische Zugehörigkeit. Damit sind zwei Aspekte gemeint: Erstens eine Positionierung gegenüber der Türkei und dem Iran, den beiden anderen Mächten, die die Region gegenwärtig zu prägen versuchen. Zweitens schwächt die Betonung des arabischen gleichzeitig das islamische Element ab. Dieser zweite Punkt kommt beiden Partnern gelegen: das saudische Königshaus hat sich in den letzten Jahren zunehmend aus dem Pakt mit der wahhabitischen Religionselite [verabschiedet](#), der das Land seit seiner Gründung geprägt und die Herrschaft der Familie al-Saud legitimiert hatte. Und Präsident Sisis Regime in Ägypten will sich von der islamischen Legitimation von Politik, wie sie die Muslimbruderschaft vertritt, abgrenzen. Der bisher eher anti-arabische Pharaonismus wird in seiner aktuellen Form damit zu einem Element der arabischen Zusammenarbeit umgemünzt.

Stabilität für die Welt?

Der Verweis auf die Pharaonen, mit dem sich Ägypten früher von seinen arabischen Nachbarn abgrenzte, legitimiert heute also die arabische Kooperation. Der Partikularismus, auf den es dabei ankommt, ist somit arabisch,

nicht mehr ägyptisch (wenn auch ergänzt um nostalgische Erinnerungen an die «Goldene Zeit» des Ägyptens des späten 19. Jahrhunderts und an die 1920er Jahre, als Ägypten eine «stolze Nation» wurde und in mancherlei Hinsicht sogar eine kulturelle Avantgarde beheimatete). Doch auch der Universalismus ist weiterhin Requisite ägyptischer Selbstinszenierung – nur dass die Bühne nun ganz Afrika umfasst, teilweise gar die ganze Welt. So betont die staatsnahe Zeitung al-Ahram die Rolle, die Ägypten innerhalb der [panafrikanischen Solidarität](#) spielt – besonders die Hilfsleistungen an den Südsudan werden herausgestrichen. Ein weiterer Ahram-Titel verkündete jüngst, Ägypten bekämpfe den Extremismus [im Dienst der ganzen Welt](#). Publikum dieser Darbietung ist nicht zuletzt der Westen, der unter anderem in Person Frankreichs den ägyptischen Stabilitätsgaranten in Form von [milliardenschweren Rüstungsexporten](#) applaudiert.

Islam unter staatlicher Kontrolle

Trotz prä-islamischen Pharaonenbezügen und dem Vorgehen gegen die Muslimbrüder gebärdet sich die Regierung von Abd al-Fattah as-Sisi keineswegs anti-islamisch. Das zeigt sich in der Beschäftigung mit dem Säkularismus und dessen Verhältnis zur Religion, wie sie gegenwärtig in Ägypten stattfindet. So beschreibt ein [regierungsnahes Forschungszentrum](#) die Aufklärung in Europa, auf der der Säkularismus gründe, nicht als Abwendung von der Religion. Vielmehr sei dadurch die Religion von der Kontrolle durch Fanatiker befreit worden. Es gelte dabei den anti-religiösen Säkularismus zu unterscheiden vom partiellen Säkularismus, der die Religion weiterhin wertschätze. Dieser partikulare Säkularismus sei nicht nur typisch für die europäischen Aufklärer (besonders Kant und Locke werden hervorgehoben), sondern auch in Ägypten verbreitet. Die Kernaussage lautet denn auch:

Religion soll nicht aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, sondern aus der Politik, und weder Regierung noch Parteien oder andere öffentliche Akteure dürften Religion politisch nutzen. In einem [Ahram-Artikel](#) wird noch einmal betont, wie wichtig es sei, die Religion von ihrer Instrumentalisierung durch «Fanatiker» zu befreien.

Die erneute Diskussion von Säkularismus dient offensichtlich dazu, ein Verständnis von einem Staat zu legitimieren, der sich nicht als islamisch definiert, aber trotzdem die Kontrolle über die Religion anstrebt.

Repression

Solchen Rechtfertigungsstrategien steht die massive Repression gegenüber, mit der das ägyptische Regime gegenwärtig seine Kontrolle über die Gesellschaft durchsetzt. In den letzten sechs Jahren soll Sissi nach verlässlichen Angaben von Oppositionskreisen 3000 Todesurteile bestätigt haben, 179 wurden bislang vollstreckt.

Stark betroffen von der Repression ist die Muslimbruderschaft. Nachdem sie 2012 mit Muhammad Mursi kurzzeitig an die Macht gekommen war, ist die Organisation seit dessen Sturz durch die ägyptische Armee mit staatlicher Repression konfrontiert. Jüngstes Zeugnis davon ist ein [im Juni debattiertes Gesetz](#), wonach Staatsangestellte, die der Muslimbruderschaft angehören, ohne weitere Begründung entlassen werden können.

Mit massiver Repression geht die Regierung ausserdem gegen [Menschenrechtsarbeiter*innen](#) vor, teilweise unter Terrorismusvorwürfen und der Anschuldigung, Falschinformationen zu verbreiten. Auch [Anwält*innen](#) sind vermehrt Verhaftungen ausgesetzt. Selbst politisch vermeintlich harmlose Bereiche werden der staatlichen Kontrolle unterworfen. Bekanntgeworden ist das Vorgehen

gegen die sogenannten «[TikTok-Girls](#)» gegen Frauen, die auf Internetplattformen wie Instagram, Tiktok und Likee aktiv sind. Jüngst wurde die Archäologiestudentin und Influencerin Hanin Hossam, der auf verschiedenen Kanälen bis zu sieben Millionen Follower folgen, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Auch andere Influencerinnen wurden mit Gefängnisstrafen belegt. Den gesetzlichen Rahmen für solche Urteile bildet ein speziell auf Internetaktivitäten gemünztes Gesetz, mit dem Gefängnisstrafen ausgesprochen werden können, wenn die «Werte der ägyptischen Familie» gefährdet würden – was nach Ansicht der Gerichte bei Aufnahmen aus Privaträumen von jungen Frauen offenbar der Fall ist. Mitarbeitenden der Internetplattformen wird für ihre Rekrutierung junger Frauen als Influencerinnen sogar Menschenhandel vorgeworfen.

Bevölkerung als Gefahr

Besonders die Heftigkeit der staatlichen Repression gegenüber vermeintlich harmlosen

Internetberühmtheiten ist erstaunlich. Sie lässt sich aber deuten, indem das Selbstverständnis der Regierung in den Blick genommen wird. Der von der Regierung Sisi mitgeprägte Neo-Arabisismus vereint eine Allianz von Regierungen, die nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings eine Restauration staatlicher Kontrolle über die eigenen Bevölkerungen anstrebt. Die Bevölkerung erscheint in dieser Logik als unberechenbarer [Behemoth](#), während der Regierung die Rolle zukommt, durch Kontrolle über Religion und Moral sowohl die religiösen «Fanatismus» wie moralischen Zerfall zu verhindern. Daher bietet sich für die Machthaber ein «pharaonisches» Verständnis von Regierung an, um auf dieser Basis zusammen mit umliegenden Ländern regionale Stabilität zu gewährleisten und die Kontrolle über eine als unberechenbar wahrgenommene Bevölkerung sicherzustellen.